

Horst Thum, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung. Von den Anfängen 1916 bis zum Mitbestimmungsgesetz 1976, Bund Verlag, Köln 1991, 193 S., kart., 19,80 DM.

Daß die Erfolge der deutschen Wirtschaft seit Kriegsende maßgeblich auf die »konsensuale Struktur« der Tarifbeziehungen zurückzuführen sind, ist eine seit langem verbreitete Überzeugung im In- und Ausland. Generell dürfte diese Einschätzung, die vor allem die deutsche Besonderheit der wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Blickfeld hat, kaum in Zweifel zu ziehen sein. Allerdings zeigt der vorliegende historische Überblick, wie konfliktbeladen der Entwicklungsprozeß war und wie umstritten die Institution der wirtschaftlichen Mitbestimmung bis heute geblieben ist. Als Einführung für den interessierten Laien, vor allem aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, gedacht, zielt das vorliegende Studienbuch darauf ab, das Verständnis für die bestehende Organisation der wirtschaftlichen Mitbestimmung und deren Aufgabenbereiche zu vertiefen. Eine treffliche Dokumentenauswahl vervollständigt die Darstellung und unterstreicht die Intention des Verfassers, den langen Lernprozeß in der gewerkschaftlichen Theorie und Praxis offenzulegen. Im Konzept der Wirtschaftsdemokratie, das 1928 auf dem Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angenommen wurde, schlug sich ohne Zweifel die soziale und wirtschaftliche Krisenerfahrung der Gewerkschaften in den 1920er Jahren nieder, aber auch die Einsicht in die Überlebensfähigkeit des Kapitalismus. Die Interdependenz von politischer und wirtschaftlicher Demokratie wurde neu formuliert und bestimmte als leitende Idee die Strategie und Politik der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg. Mit der Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie, die 1951 auch gesetzlich verankert werden konnte, verzeichneten die Gewerkschaften ihren größten Erfolg, denn das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 blieb weit hinter den Forderungen der Arbeitnehmerseite zurück. Auch das Mitbestimmungsgesetz von 1976 stellte allenfalls einen Teilerfolg dar. Zudem brachten die Unternehmer ihre grundsätzliche Abneigung gegen eine gewerkschaftliche Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen mit einer Verfassungsklage zum Ausdruck. Offensichtlich wurde auf dieser Seite der Nutzen der wirtschaftlichen Mitbestimmung als Instrument des sozialen Friedens und der wirtschaftlichen Stabilität nicht besonders hoch veranschlagt. Dagegen müssen die Gewerkschaften bis heute mit dem alten Problem kämpfen, in dem von der freien Marktwirtschaft vorgegebenen Rahmen sozial verträglich handeln zu müssen. Konflikte mit der eigenen Basis sind dadurch vorprogrammiert, und das vorliegende Studienbuch versteht es ausgezeichnet, dieses grundlegende Problem der Gewerkschaftspolitik zu thematisieren.

*Irmgard Steinisch, Toronto*

Peter Lösche/Franz Walter, Die SPD: Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992, 434 S., kart., 59 DM.

Das Buch handelt von den Wandlungen der Sozialdemokratie seit der Weimarer Republik, wobei die beiden Autoren keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die heutige SPD kaum noch etwas mit der namensgleichen Partei der 1920er oder der 1950er Jahre zu tun hat: Aus der proletarisch-sozialistischen Facharbeiterpartei entwickelte sich eine ebenso vielfältige wie unstrukturierte Ansammlung von Organisationsformen, ein verwirrend bunter Flickenteppich von Einstellungen und Verhaltensweisen, eine lose verkoppelte